

STADT NORDENHAM



Die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises, Maren Ozanna, und die Gleichstellungsbeauftragten der neun Wesermarsch-Kommunen, Ilona Fritz, Ulrike Mayer, Karin Windheim, Caterina Auffarth, Waltraud Ralle-Klein, Sanja Blanke, Karin Büttner, Silke Dammann und Malin Gebken (von links), hatten jetzt Kommunalpolitikerinnen zum Austausch geladen. Foto: pr

Frauen unterrepräsentiert

In der Wesermarsch liegt der Frauenanteil allerdings deutlich über dem Schnitt

Unter dem Motto „Zukunft bestimmen - Frauen beschließen mit“ kamen jetzt die Gleichstellungsbeauftragten der neun Kommunen der Wesermarsch sowie der Kreisverwaltung mit Kommunalpolitikerinnen der Gemeinde- und Stadträte und des Kreistages zusammen.

Eingeladen hatten die Gleichstellungsbeauftragten der Wesermarsch, um zu erfragen, wie die Politikerinnen das Jahr 2022 in der Kommunalpolitik erlebt hatten. „Es war schön zu sehen, dass sowohl langjährige Politikerinnen, die schon viele Jahre im Amt sind und diverse Erfahrungen gesammelt haben, als auch Politikerinnen, die erst seit einem Jahr im Amt sind, daran teilnahmen. So wurden beide Perspektiven in dem Austauschtreffen gespiegelt“, hält Maren Ozanna, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Wesermarsch, fest.

Zu Beginn der Veranstaltung zeigte Ozanna auf, inwiefern Frauen bundesweit in Parlamenten unterrepräsentiert sind: „Auf Bundesebene bekleiden in den Gremien 35 Prozent Frauen ein politisches Amt. Auf Landesebene sind dies durchschnittlich nur 32 Prozent. Den geringsten Anteil machen Frauen in Kommunalparlamenten mit einem Anteil von 23 Prozent aus.“ In der

Wesermarsch liegt der letzte Wert allerdings deutlich höher. 33 Prozent der Kommunalpolitiker sind weiblich.

„Ohne gleichberechtigte Parlamente keine gleichberechtigte Gesetzgebung - und keine gleichberechtigte Gesellschaft“, zitierte Maren Ozanna die Juristin Ruth Lawskowski. „Betroffene müssen die Möglichkeit haben, ihre eigenen Perspektiven auch aufzeigen zu können, weil sie ansonsten nicht mitgedacht werden. Betroffene Menschen sollen mitbestimmen dürfen. Das geht aber nur, indem die diversen Lebensrealitäten auch in Gremien abgebildet werden“, so Maren Ozanna. Dieses beziehe sich unter anderem auf Geschlecht, Alter, Herkunft, sozioökonomischen und soziokulturellen Status sowie Menschen mit Behinderung. Frauen würden oftmals mehrfach diskriminiert. So bestehe keine Gleichberechtigung in der Gesellschaft, sagte die Gleichstellungsbeauftragte und fügte als Beispiel hinzu: „Sowohl die immigrierte Frau als auch die Frau mit Behinderung hat gleich zwei Merkmale, weshalb sie in der Gesellschaft nicht gleichberechtigt leben kann.“

Verweis auf das Grundgesetz

Karin Windheim, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Nordenham, erläuterte Nordenham in ihrem Vortrag die Aufgaben einer Gleichstellungsbeauftragten und verwies dabei auf das Grundgesetz Artikel 3/ Absatz 2: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Damit verdeutlichte sie noch einmal den gesetzlichen Auftrag einer Gleichstellungsbeauftragten.

Bei der anschließenden Kleingruppenarbeit kristallisierte sich heraus, dass die Mehrheit der anwesenden Politikerinnen der Meinung ist, dass sie sich intensiver als Politiker auf Gremiensitzungen vorbereiten müssen. „Die anwesenden Politikerinnen haben oftmals das Gefühl, dass sie sich zu 150 Prozent in Themenfelder einarbeiten und über ein Vokabular an Fachbegriffen verfügen müssen, um von den Politikern ernst genommen zu werden. An dieser Stelle werden ungleiche Machtverhältnisse sichtbar“, resümierte Maren Ozanna.

Die Gleichstellungsbeauftragten in der Wesermarsch werden die Erkenntnisse des Abends weiter behandeln. Den kommunalen Politikerinnen sei „noch einmal mehr bewusst geworden, dass sie nicht alleine mit ihren Herausforderungen da stehen und es anderen genauso geht“, zog Maren Ozanna ein positives Fazit des Treffens, auf dem es aufzubauen gelte. (pm/hei)